Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

Alle Mitglieder wurden ordnungsgemäß geladen.

Vorsitzender:	Oberbürgermeister	Dieter Thalhammer
Anwesend sind:	3. Bürgermeister	Benno Zierer
	die Stadträte	Eschenbacher
		Lintl
		Hölzl
		Eberhard
		Bauer
		Nast
		Grimm
		Sahlmüller
		Kammler
		Bönig (ab 17:09 Uhr)
		Vogl
Abwesend und entschuldigt:	Stadtrat	Irlstorfer
Ersatzmitglied:	2. Bürgermeister	Rudolf Schwaiger
Weitere Teilnehmer:		Herr Voigt
		VR Widmann
		Herr Gumberger
		Stadtdirektor Koch
		OVRin Hagl
		Herr Wimmer
Schriftführerin:		Simone Brümmer
Beginn der öffentlichen Sitzung:		17:01 Uhr

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Das Protokoll der HA-Sitzung vom 19.09.2011 liegt auf und gilt nach Abschluss der Sitzung als genehmigt.

T a g e s o r d n u n g

1) Bekanntgaben
   a) Bekanntgabe bzgl. Aufzüge am Bahnhof Freising
   b) Bekanntgabe von Auftragsvergaben
   c) Bekanntgabe von Sitzungsterminen

2) Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Notunterkunftsanlagen der Stadt Freising
   - Empfehlung für den Stadtrat 14.12.2011 -

3) Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH
   a) Stellenplan 2012
   b) Wirtschaftsplan 2012

4) Freisinger Parkhaus- und Verkehrs-GmbH
   - Wirtschaftsplan 2012

5) Wohnungsbau- und –verwaltungs GmbH der Stadt Freising & Co. Immobilien KG
   a) Stellenplan 2012
   b) Wirtschaftsplan 2012

6) Freisinger Wohnungsbau- und -verwaltungsgesellschaft mbH
   - Wirtschaftsplan 2012

7) Widmung der Fl. Nr. 2071/10, Gemarkung Freising, „zwischen Sperber- und Stieglitzweg", als Eigentümerweg (Fußweg)

8) Energiesparservice für sozial benachteiligte Familien

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

---

9) Volksfest 2012

10) Berichte und Anfragen
   a) Anfrage Bgm. Zierer bzgl. Fahrradproblematik am Bahnhof
   b) Anfrage StRin Lintl bzgl. Wohnungsbestand
   c) Anfrage StR Hölzl bzgl. Interview von Herrn Kerkloh in der Presse

TOP 1a **Bekanntgaben**

Bekanntgabe des Vorsitzenden bzgl. Aufzüge am Bahnhof Freising

Anwesend: 13

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Aufzüge am Bahnhof wieder alle funktionsfähig sind. Er betont in diesem Zusammenhang, dass die Stadt Freising für die Instandhaltung der Aufzüge nicht zuständig sei.

TOP 2 **Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Notunterkunftsanlagen der Stadt Freising**

- Empfehlung für den Stadtrat 14.12.2011 -

Anwesend: 13

Frau Hannemann-Heiter berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt. Als vergleichbare Städte nennt sie in diesem Zusammenhang Unterschleißheim, die für die Notunterkünfte 13,00 € / m² berechne und auch Regensburg, die dagegen zwischen 4,00 € / m² und 14,00 € / m² berechne. Aufgrund einer Kalkulation habe man inzwischen zwei verschiedene Gebührensätze festgelegt. Für die Containeranlage wolle man 5,00 € / m² vorschlagen für die Notunterkünfte in der Schwabenau und in der Asamstraße rechne man mit 7,50 € / m². Zu diesem Zweck habe man einen Pauschalbetrag für Personalkosten in Höhe von 35.000,00 € aufgenommen.

**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011**

Die genannten Sätze werde sie bis zur Stadtratssitzung in die Satzung einarbeiten, sie sei der Meinung, dass die Sätze nicht zu hoch seien. 2013 werde man die Sätze erneut prüfen und kalkulieren müssen, um letztendlich korrekte Zahlen zu haben, im Jahr 2014 werde man die Sätze endgültig festlegen können.

StR Vogl stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Bgm. Schwaiger erkundigt sich danach, ob die vorgeschlagenen Sätze auch kostendeckend seien.

Frau Hannemann-Heiter antwortet, dass die Sätze wahrscheinlich nicht kostendeckend sein werden. Letztendlich werde man dies aber erst sehen, wenn die abschließende Kalkulation vorliege. Für die Wohnungen in der Schwabenau habe man Zuschüsse erhalten, die man wieder gegenrechnen müsse. Die Personalkosten wurden relativ niedrig angesetzt und seien wahrscheinlich nicht kostendeckend. Im Großen und Ganzen sei sie aber der Meinung, dass man mit den Sätzen gut hinkommen werde. Wie hoch die bisherigen Zahlungen waren, könne sie nicht sagen, da jeder Mieter seine eigene Nebenkostenabrechnung erhalten habe. Das Gericht erkenne natürlich auch den Nachteil, wenn ein Mieter mehr verbraucht habe als z.B. ein anderer. Dies müsse man aber in Kauf nehmen, da dies Gebühren gem. KAG seien. Die Sätze in der letzten Änderungssatzung aus dem Jahr 2002 haben zwischen 2,10 € und 2,90 € Grundgebühr gelegen.

Bgm. Schwaiger teilt mit, er wolle vermeiden, dass der Eindruck entstehe, dass die Gebühren billiger werden. Er würde befürworten, dass bei der Bemessung der Gebühren bereits ein gewisses Niveau erreicht werde, das auch bisher schon bestanden habe.

Frau Hannemann-Heiter entgegnet, dass es eine Höhenbegrenzung gebe und man dementsprechend auch nicht zuviel erhöhen dürfe.

Bgm. Zierer erkundigt sich danach, wer gegen die Gebührenordnung geklagt habe.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

StRin Bönig nimmt ab 17:09 Uhr an der Sitzung teil.

Weiter möchte Bgm. Zierer wissen, welcher Anteil der Gebühren vom Landkreis übernommen werde.

Frau Hannemann-Heiter antwortet, dass eine unbekannte Person vor dem VGH geklagt habe.

Bgm. Zierer erkundigt sich weiter, wie es sein könne, dass so eklatante Unterschiede bei den Benutzungsgebühren bestehen können. Dies werde doch sicherlich vom Landratsamt geprüft.

Frau Hannemann-Heiter widerspricht, denn hier handle es sich um Aufgaben des eigenen Wirkungskreises. Darüber hinaus müssen Satzungen nicht mehr genehmigt werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es aus diesem Grund eine Kalkulation geben werde. In zwei Jahren werde man mittels der Kalkulation die Gebühren überprüfen und entsprechend anpassen.

StRin Kammler erkundigt sich danach, ob die Wohnungen in der Johann-Braun-Straße hiervon nicht betroffen seien.

Frau Hannemann-Heiter erklärt, dass man bisher nur über die Wohnungen an der Asamstraße gesprochen habe. Diese sollen in Zukunft als Notunterkünfte verwendet werden. Sollten die Wohnungen an der Johann-Braun-Straße öffentlich-rechtlich belegt werden, werden sie selbstverständlich in die Kalkulation einfließen.

StR Eschenbacher erkundigt sich danach, warum die Nebenkosten nicht getrennt abgerechnet werden. Oftmals werden doch Wohnkosten übernommen und die Mieter müssen die Nebenkosten selbst zahlen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

Frau Hannemann-Heiter teilt mit, dass es einen Gebührenbescheid für die Notunterkunft gebe. Hier werde pro m² Unterkunftsfläche ein Pauschalbetrag angesetzt, der an die Stadt Freising zu zahlen sei. Wie dieser Betrag verrechnet werde, sei noch zu klären.

StRin Nast möchte wissen, ob für die Notunterkünfte nicht das allgemeine Mietrecht gelte.

Frau Hannemann-Heiter antwortet, dass es sich hierbei um eine öffentlich-rechtliche Belegung handle, in diesen Fällen gelte das allgemeine Mietrecht nicht. Wenn diese Personen „mietfähig" seien, werde auch ein entsprechender Mietvertrag geschlossen.

StRin Nast erkundigt sich weiter, ob es später möglich sei, dass diese Personen dann einen normalen Mietvertrag für die selbe Wohnung erhalten.

Frau Hannemann-Heiter entgegnet, dass dies durchaus möglich sei.

Der Vorsitzende entgegnet, dass es nicht sicher sei, dass für die selbe Wohnung ein Mietvertrag geschlossen werde. Sollte dieser Mieter allerdings „mietfähig" sein, werde ihm eine Wohnung zugewiesen. Die Notunterkünfte sollten auch entsprechend verwendet werden, wie der Name schon sage.

Beschluss Nr. 336/74a
Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Dem Stadtrat wird empfohlen zu beschließen:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Notunterkunftsanlagen der Stadt Freising, welche wesentlicher Bestandteil des Beschlusses ist und dem Protokoll in der Anlage beiliegt, wird beschlossen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

TOP 1b Bekanntgaben

Bekanntgabe von Auftragsvergaben

Anwesend: 14

Datum des Auftrages	Ref.	Objekt	Gewerk	Firma	Summe Euro
22.11.2011	65	Luitpoldanlage - Anbau einer Außenstahltreppe an Sporthalle	Schlosserarbeiten	Pietschmann, Neutraubling	72.986,16
24.11.2011	65	Generalsanierung Asamgebäude	Prüfsachverständiger für den vorbeugenden Brandschutz	Phlplan - Pavic & Hinterstoißer Ingenieure, Grabenstätt/Winkl	15.116,45
24.11.2011	65	Generalsanierung Asamgebäude	Baugrunduntersuchung und -gutachten	Dr. Ing. A. Schubert, Olching	28.646,26
02.12.2011	65	Technisches Rathaus, Amtsgerichtsgarten	Sicherung der Stützwand am Mittleren Graben	Oberprieler & Summerer Bauunternehmung GmbH, Freising	24.075,49

TOP 1c Bekanntgaben

Bekanntgabe von Sitzungsterminen

Anwesend: 14

Der Vorsitzende gibt nachfolgende Sitzungstermine bekannt:

Hauptausschuss:

Montag, 16.01.2012, 17:00 Uhr

Montag, 30.01.2012, 17:00 Uhr

Montag, 13.02.2012, 17:00 Uhr

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

Stadtrat:

Mittwoch, 14.12.2011 (Abschluss), 19:00 Uhr
Mittwoch, 15.02.2012, 19:00 Uhr

TOP 3a Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH
Stellenplan 2012
Anwesend: 14

Herr Voigt berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt. Er betont in diesem Zusammenhang die geringe Besetzung zum 30.06.2011.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Aufsichtsrat den Beschlussvorschlag einstimmig empfohlen habe.

Beschluss Nr. 337/74a
Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Der Stellenplan 2012 der Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH wird genehmigt.
Die Stellenübersicht ist Bestandteil des Beschlusses und liegt der Erstschrift des Protokolls in Anlage bei.

TOP 3b Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH
Wirtschaftsplan 2012
Anwesend: 14

Herr Voigt berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt. Näher erläutert er vor allem die Daten der Gewinnabführung und des Finanzplanes anhand einer Powerpoint Präsentation, die ebenfalls der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt. In seinem Vortrag weist er darauf hin, dass der Sachverhalt in der Sitzung des Aufsichtsrates ausgiebig vorberaten worden sei.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Aufsichtsrat den Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig empfohlen habe.

Beschluss Nr. 338/74a

Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Der Wirtschaftsplan 2012 der Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH wird genehmigt. Der Gewinn der Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH (Strom- und Gasversorgung) in Höhe von 4.704.800,00 Euro wird im Rahmen der bestehenden Organschaft an den Eigenbetrieb Stadtwerke Freising abgeführt.

Der Wirtschaftsplan 2012 der Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH ist Bestandteil des Beschlusses und liegt der Erstschrift des Protokolls in Anlage bei.

TOP 4 Freisinger Parkhaus- und Verkehrs-GmbH

Wirtschaftsplan 2012

Anwesend: 14

Herr Voigt berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegen. Er weist darauf hin, dass geplant sei, von der Deutschen Städtereklame / Fa. Stör die 12 Wartehäuschen abzulösen, um diese anschließend selbst vermieten zu können. In diesem Zusammenhang laufen Verhandlungen mit verschiedenen Gesellschaften. Anschließend führt er seinen Bericht anhand der Präsentation fort.

StR Eschenbacher erkundigt sich, ob Kostenberechnungen für die einzelnen Parkhäuser vorliegen.

Herr Voigt teilt mit, dass diese existieren.

**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011**

StR Eschenbacher antwortet, dass ihn die Kostenberechnungen interessieren würde, denn auch von den Baukosten und der Abschreibungslaufzeit seien die Parkhäuser sicherlich völlig unterschiedlich.

Herr Voigt teilt mit, dass er sich erst im Herbst die Berechnungen für beide Parkhäuser angesehen habe und beide Parkhäuser sowohl „Am Wörth" als auch „Altstadtparkhaus" waren dabei nicht gerade im unteren Bereich. Es gebe für beide Parkhäuser auch relativ hohe Abschreibungssummen. Die Laufzeiten betragen zwischen 25 und 30 Jahre und dadurch ergeben sich auch deutlich höhere Kosten / Stellplatz.

StR Eschenbacher hinterfragt anschließend die Nutzungdauer.

Lt. Herrn Voigt liegt die Nutzungsdauer der Baukörpers aus Beton bei
ca. 40- 50 Jahren, bei den anderen bei ca. 33 Jahren. Sicherlich bleiben die Gebäude länger bestehen, allerdings müsse man auch beobachten, wie hoch der Aufwand für die Instandhaltung sei. Dies könne man zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht sagen.

StR Eschenbacher teilt mit, dass man beim Parkhaus am Wörth eine Eigentümergemeinschaft gegründet habe und hier gebe es auch Eigentümer, deren Wohnung auf der Parkgarage stehe. Man könne nun, seiner Meinung nach, schlecht sagen, dass man das Parkhaus einfach schließe nachdem die Laufzeit abgelaufen sei. Somit habe man sich mit dieser EWG selbst auferlegt, das Parkhaus für immer zu erhalten.

Herr Voigt antwortet, dass man jetzt noch nicht wissen könne, wie hoch die Investitionskosten in 40 Jahren seien. Abgeschrieben werde zunächst auf 33 Jahre, selbstverständlich gehe man von einer längeren Nutzungsdauer aus.

StRin Sahlmüller weist darauf hin, dass es derzeit überall bei den Tiefgaragen erheblichen Sanierungsaufwand gebe. Vor allem seien hiervon die Tiefgaragen betroffen, die in den 70-er und 80-er Jahren errichtet wurden. Sie erkundigt sich, ob es diese Probleme bei den städtischen Parkhäusern nicht gebe.

Herr Voigt antwortet, dass es bereits laufende Investitionen gegeben habe. Es wurde z. B. die Sprinkleranlage im Altstadtparkhaus komplett ausgewechselt und ebenso die Kassenautomaten.

StRin Sahlmüller merkt an, dass sich Ihre Bedenken eher auf den Beton bezogen haben.

Herr Voigt erklärt, dass es laufende Untersuchungen gebe und bisher keine Beschwerden vorliegen. Er gehe davon aus, dass keine größeren Schäden zu erwarten seien.

StR Vogl erkundigt sich danach, ob das Parkhaus mit der Stahlkonstruktion eine längere Lebensdauer habe als ein Parkhaus in Betonbauweise.

Herr Voigt verneint dies. Ein Parkhaus in Betonbauweise habe natürlich eine längere Lebensdauer.

StR Vogl stellt fest, dass die beiden alten Parkhäuser, die in Betonbauweise errichtet wurden, doch erheblich länger zu betreiben seien als die Abschreibung laufe.

StRin Lintl erklärt, dass in den 80-er Jahren die Betondecken der tragenden Stahlkonstruktionen etwas dünner gewählt wurden und im nachhinein habe sich erwiesen, dass die dünnere Decke Salzeintragungen auf den Stahl durchlasse und im verdeckten Stahl auch rosten könne. Sie empfehle daher, dass dies gewissenhaft untersucht und dokumentiert wird.

StR Eschenbacher weist darauf hin, dass die Kosten der Instandhaltung für die Parkhäuser, die man als Gemeinschaftsprojekt errichtet habe, letztendlich auf die Stadt Freising zukommen werden. Das könne man gar nicht vermeiden.

Der Vorsitzende entgegnet, das er aber nicht vorschlagen könne, die Parkhäuser in der Innenstadt aufzulassen. Seiner Kenntnis nach liegen für das Parkhaus am Wörth Erbbaurechtsverträge vor.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

StRin Kammler bittet darum, in Zukunft verstärkt auch an die anderen Ortsteile zu denken, da gerade die ältere Generation auf eine gute Busverbindung angewiesen sei.

Der Vorsitzende antwortet, dass er die Empfehlung gerne an den Aufsichtsrat weiterleiten werde.

Beschluss Nr. 339/74a

Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Die Stadt genehmigt den, von der Geschäftsführung vorgelegten Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012 mit einem Investitionsvolumen von 44.000,00 €, einem Ergebnisplan von -1.928.400,00 € und einem Finanzvolumen von 471.700,00 € in der vorliegenden Fassung.

TOP 5a Wohnungsbau- und –verwaltungs GmbH der Stadt Freising & Co. Immobilien KG

Stellenplan

Anwesend: 14

Herr Voigt berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StR Bauer verlässt den Sitzungssaal.

Beschluss Nr. 340/74a

Anwesend: 13 Für: 13 Gegen: 0 den Antrag

Der Stellenplan 2012 der Wohnungsbau- und –verwaltungs GmbH der Stadt Freising & Co. Immobilien KG wird genehmigt.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

TOP 5b **Wohnungsbau- und –verwaltungs GmbH der Stadt Freising & Co. Immobilien KG**
Wirtschaftsplan 2012
Anwesend: 13

Herr Voigt berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegen.

StR Bauer nimmt wieder an der Sitzung teil.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Aufsichtsrat diesen Beschlussvorschlag einstimmig empfohlen habe.

Beschluss Nr. 341/74a
Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Der Wirtschaftsplan 2012 der Wohnungsbau- und –verwaltungs GmbH der Stadt Freising & Co. Immobilien KG wird genehmigt.

TOP 6 **Freisinger Wohnungsbau- und –verwaltungsgesellschaft mbH**
Wirtschaftsplan 2012
Anwesend: 14

Herr Voigt berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Aufsichtsrat diesen Beschlussvorschlag einstimmig empfohlen habe.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

Beschluss Nr. 342/74a

Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Der Wirtschaftsplan 2012 der Freisinger Wohnungsbau- und –verwaltungsgesellschaft mbH wird genehmigt.

TOP 10a Berichte und Anfragen

Anfrage Bgm. Zierer bzgl. Fahrradproblematik am Bahnhof

Anwesend: 14

Bgm. Zierer teilt mit, dass am Bahnhof die Problematik mit den Fahrrädern immer mehr zunimmt. Er möchte von Herrn Voigt wissen, ob diesbezüglich Erweiterungen geplant seien, um das Problem besser in den Griff zu bekommen.

Der Vorsitzende antwortet, dass dies keine Angelegenheit der Stadtwerke Freising sei sondern dass sich die Stadt Freising um dieses Problem kümmern müsse. Diesbezüglich werde aber im Hause bereits nach einer entsprechend Lösung gesucht.

Bgm. Zierer teilt mit, dass er davon ausgegangen sei, dass das Thema damals federführend von den Stadtwerken bearbeitet worden sei.

Auch StR Vogl betont, dass gerade die Lerchenfelder Seite dringend gelöst werden müsse.

Der Vorsitzende bestätigt dies und versichert nochmals, dass man bereits an einer Lösung arbeite.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

TOP 10b Berichte und Anfragen

Anfrage StRin Lintl bzgl. Wohnungsbestand

Anwesend: 14

StRin Lintl erkundigt sich bei Herrn Voigt, ob inzwischen ein Konzept für den Wohnungsbestand entwickelt wurde, das auch auf die älter werdende Generation Rücksicht nehme. Sie denke hier vor allen Dingen an Mehrgenerationenwohnen und Barrierefreiheit, da diese Themen ernsthaft diskutiert werden.

Herr Voigt antwortet, dass es bei dem öffentlich geförderten Wohnraum, der derzeit errichtet werde, immer um Barrierefreiheit gehe. Außerdem sei man schon mit der Heiliggeistspital Stiftung im Gespräch. Derzeit sei es schon so, dass im Wohnungsbestand schon sehr viele ältere Bürgerinnen und Bürger wohnen, die vor allen Dingen kleinere Wohnungen benötigen. Auch hier versuche man bereits, sich anzupassen.
Es gebe auch eine Studie, in der darauf eingegangen wurde, wie der Wohnungsbestand zu verändern und welche Wohnungsstruktur die sinnvollere sei. Gerade im ebenerdigen Bereich benötige man die kleineren Wohnungen. Es wurde auch bereits mit Herrn Zellner gesprochen, welche Einkommensgruppen für welche Wohnungen vorgesehen werden. Sicherlich sei es noch nicht allen so präsent, dass sich auch diejenigen bewerben können, die nicht ganz so schlecht gestellt seien, man versuche hier eine gute Lösung zu finden.
StR Bauer verlässt den Sitzungssaal.

TOP 7 Widmung der Fl.Nr. 2071/10, Gemarkung Freising "zwischen Sperber- und Stieglitzweg", als Eigentümerweg (Fußweg)

Anwesend: 13

Stadtdirektor Koch berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StRin Nast erkundigt sich, ob die Wege, wenn sie gewidmet seien, nicht mehr öffentlich genutzt werden dürfen.

Stadtdirektor Koch antwortet, dass gerade aus diesem Grund dieser Weg gewidmet werden soll. Nur mit einer Widmung wäre eine öffentliche Nutzung als Fußgängerweg dauerhaft gewährleistet.

Beschluss Nr. 343/74a

Anwesend: 13 Für: 13 Gegen: 0 den Antrag

Die Fl.Nr. 2071/10 Gemarkung Freising „zwischen Sperber- und Stieglitzweg" wird gem. Art. 6 Abs. 1 i. V. m. Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 und Art. 53 Nr. 3 BayStrWG als Eigentümerweg (Fußweg) gewidmet.
Die Voraussetzungen des Art. 6 Abs. 3 BayStRWG liegen vor.

TOP 8 **Energiesparservice für sozial benachteiligte Familien**
Anwesend: 13

Herr Wimmer berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.
Er betont, dass bereits Zusagen von weiteren Sponsoren vorliegen und bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

StR Vogl bedankt sich bei der Verwaltung und insbesondere bei Herrn Wimmer für die geleistete Arbeit.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

<u>Beschluss Nr. 344/74a</u>

Anwesend: 13 Für: 13 Gegen: 0 den Antrag

Mit der Umsetzung der Projektidee „Energiesparservice für benachteiligte Familien" besteht Einverständnis. Die Trägerschaft wird von der Stadt Freising und der Freisinger Stadtwerke Versorgungs- GmbH übernommen, in Kooperation mit den Freisinger Wohlfahrtsverbänden und der Diakonie Landshut.
Sowohl die Stadt Freising als auch die Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH stellen im Haushaltsjahr 2012 je 5.000,00 € zur Verfügung; die Gewinnung von weiteren Sponsoren ist anzustreben.

TOP 9 <u>Volksfest 2012</u>

Anwesend: 13

Herr Wimmer berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.
Problematisch sei im vergangenen Jahr gewesen, dass aufgrund der geänderten Öffnungszeiten die Weinhalle erst später besucht wurde. Daher sei es sicherlich sinnvoll, sich nochmals konzeptionell zu beraten.
Bzgl. der Situierung der Weihenstephaner Hütte habe die Brauerei Weihenstephan erneut darum gebeten, eine andere Platzierung vorzunehmen.
Weiterhin weist Herr Wimmer darauf hin, dass der Kindertag 2012 gleichzeitig auf den ersten Schultag falle. Auch diesbezüglich werde es evtl. die ein oder andere Diskussion geben.

StRin Bönig erkundigt sich bei Herrn Wimmer, ob es sich tatsächlich um einen Seniorennachmittag oder um einen Seniorentag handle. Man werde immer wieder von Senioren auf dieses Thema angesprochen, weil viele Bedienungen die Bier- und Hähnchenzeichen nicht tauschen bzw. abends annehmen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

Der Vorsitzende antwortet, dass die Idee gewesen sei, dass sich die ältere Generation am Nachmittag am Volksfest treffe. Die Einladung sei als Seniorennachmittag gedacht gewesen.

StRin Bönig entgegnet, dass sie der Meinung sei, dass die Senioren nicht nur unter sich sein sollen, sondern dass die Marken für den ganzen Tag gültig sein sollten.
Ihrer Meinung nach könne man bei einer Einladung den Senioren nicht vorschreiben, wann sie aufs Volksfest gehen müssen. Es gebe zudem durchaus Senioren, die später das Volksfest verlassen.

StR Bauer nimmt wieder an der Sitzung teil.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man über dieses Thema gerne diskutieren könne. Es wurde den Senioren allerdings noch nie vorgeschrieben, dass sie das Volksfest um 17 Uhr verlassen müssen.

StRin Eberhard schließt sich StRin Bönig an.

Der Vorsitzende ist der Meinung, dass es besser wäre, wenn man bei einer Einladung auch an einen bestimmten Zeitrahmen gebunden sei. Dies sei auch bisher immer so üblich gewesen. Natürlich spreche nichts gegen einen längeren Aufenthalt auf dem Volksfest. Dies sei auch noch nie in Frage gestellt worden.

StRin Bönig entgegnet, dass sie diese Problematik bereits mehrfach vorgetragen habe.

Auch StR Vogl spricht sich dafür aus, dass die Senioren das Angebot auch am Abend nutzen können.

StRin Nast erklärt, dass man das Angebot erweitern sollte, um den Nachmittag für die Senioren wieder attraktiver zu gestalten. In diesem Fall würden die Senioren vielleicht wieder lieber am Nachmittag auf das Volksfest gehen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

Der Vorsitzende teilt mit, dass man ihm wiederholt mitgeteilt habe, dass am Abend die Musik zu laut sei.

StRin Sahlmüller erklärt, dass man bisher die Erfahrung gemacht habe, dass die Senioren sehr dankbar für eine „leisere Wiesn“ am Nachmittag gewesen seien. Die meisten Senioren verlassen das Volksfest ja eher um ca. 18:00 Uhr.

StR Vogl verlässt den Sitzungssaal.

Der Vorsitzende weist im Zusammenhang mit dem Beschlussvorschlag darauf hin, dass ihm eine Anfrage zur Zusammensetzung von beratenden Gremien vorliege. Lt. dieser Anfrage empfinde man es als ungerecht, wenn bei beratenden Gremien Referenten beteiligt werden. Dadurch werde die Meinung der Fraktion, die den Referenten stelle, gestärkt. Man halte dieses Vorgehen für eine ungerechte Verteilung.

StR Eschenbacher stellt fest, dass es sich hierbei ja nicht um ein beschließendes Gremium handle.

StR Vogl nimmt wieder an der Sitzung teil.

StRin Eberhard erklärt, dass ihre Fraktion es als ungerecht empfinde, weil man sich bei bestimmten Themen wie z.B. VOF-Verfahren unterrepräsentiert fühle, wenn andere Fraktionen einen Referenten und zusätzlich einen Vertreter der Fraktion stellen.

StR Grimm antwortet, dass bei entscheidenden Beratungen auch jederzeit mehrere Teilnehmer einer Fraktion hinzukommen können. Er persönlich habe nichts dagegen.

Der Vorsitzende entgegnet, dass es nicht möglich sei, wenn bei Empfehlungen an den Stadtrat ca. 20 Teilnehmer diskutieren, denn dann würde man nie zu einer Entscheidung kommen.

StR Grimm antwortet, dass jede Fraktion dann aber nur eine Stimme habe.

Der Vorsitzende antwortet, dass noch nie jemand ausgeschlossen worden sei. Man habe bisher eher immer das Problem gehabt, dass diejenigen, die im Gremium sind, nicht anwesend waren. Wenn es um ein Beratungsgremium gehe, müsse schon festgelegt sein, welcher Vertreter an der Beratung teilnimmt.

StR Grimm entgegnet, dass er davon ausgehe, dass bei so wichtigen Themen wie VOF-Verfahren die Vertreter durchgehend anwesend seien.

StRin Eberhard befürwortet den Vorschlag von StR Grimm

Der Vorsitzende schlägt vor, dass jede Fraktion einen Ansprechpartner benennen soll.

Beschluss Nr. 345/74a

Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, zu Beginn des Jahres 2012 ein Treffen aller Fraktionen zu organisieren, in dessen Rahmen die erforderlichen Entscheidungen des Hauptausschusses vorbereitet werden sollen.
Alle Fraktionen werden gebeten, möglichst zeitnah einen bzw. eine Vertreter(in) zu benennen.

TOP 10c Berichte und Anfragen

Anfrage StR Hölzl bzgl. Interview Kerkloh in der Presse

Anwesend: 14

StR Hölzl berichtet über ein Interview mit Herrn Kerkloh, das man heute in der Presse nachlesen konnte. Dabei habe Herr Kerkloh angedeutet, dass er eine Offensivkampagne anstrebe, weil er nach wie vor davon überzeugt sei, dass die 3. Start- und Landebahn notwendig sei. Nun möchte er wissen, ob zu diesem Zweck das Fernsehteam am Montag bei der Bürgerstiftung gewesen sei.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

StR Eschenbacher teilt mit, dass er beobachtet habe, dass Herr Kerkloh zusammen mit dem Kamerateam eingetroffen sei. Das Kamerateam habe auch nicht die Redner gefilmt sondern nur Herrn Kerkloh im Zusammenhang mit Rednern und anwesendem Publikum.
Er habe auch Herrn Vogl mitgeteilt, dass er den Eindruck hatte, dass dies von der Werbeagentur ausgegangen sei. Herr Vogl habe daraufhin nachgefragt.

Herr Vogl erklärt, dass er ein Gespräch mit dem Journalisten des Magazins Kontrovers hatte. Dieser habe mitgeteilt, dass das Filmmaterial eine Sondersendung werden soll über das Verhältnis der Flughafengemeinden zum Flughafen. Man könne jetzt auch nur spekulieren, was es für ein Beitrag werde.

StR Hölzl entgegnet, dass erst kürzlich ein großer Bericht im überregionalen Teil der Presse gestanden habe in dem gestanden sei, dass die Stadt Freising zu den reichsten Gemeinden in Bayern gehöre.
Er vermisse hier, dass sich die Pressestelle der Stadt Freising bei derartigen Themen mehr einbringe. Zu diesem Zweck habe man nun eine weitere Mitarbeiterin eingestellt, er sei der Meinung, dass auch die Stadt Freising mehr in die Offensive gehen sollte, um darauf hinzuweisen, dass dies so nicht richtig sei. Man müsse es leider hinnehmen, dass der Flughafen für Freising und den Landkreis so hoch gelobt werde.

Der Vorsitzende antwortet, dass er die Vorwürfe so nicht stehen lassen könne. Er wurde am Ende des Abends zusammen mit Herrn Kerkloh interviewt und dabei habe er sehr wohl die Haltung der Stadt Freising mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Leider habe er keinen Einfluss darauf, was in der Presse veröffentlicht wird.

StR Hölzl teilt mit, dass es nicht in Ordnung sei, wenn die Gewinnzone des Flughafens immer so angepriesen werde, denn die Gewerbesteuer fließe bisher nicht, weil der Flughafen keine Gewinne mache. Weiter habe er bewusst darauf geachtet, wie viele Flieger tatsächlich auf der Nordstartbahn starten. Zwischen 15:00 und 17:00 Uhr sei heute lediglich ein Flieger gestartet. Hier werde nicht die Wahrheit gesprochen, er sei deutlich verärgert über diesen Sachverhalt.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (74.) vom 05.12.2011

Der Vorsitzende antwortet, dass er sich bzgl. der Gewinnzone des Flughafens nur auf das beziehen könne, was ihm selbst bekannt sei. Der Flughafen habe lange Zeit keine schwarzen Zahlen geschrieben. Inzwischen erwirtschafte der Flughafen allerdings Gewinne und aus diesen Gewinnen können Zinsen abgeführt werden.

Weiterhin berichtet StR Hölzl, dass die Löhne der Beschäftigten des Flughafens um 2 % reduziert wurden, damit der Flughafen in die Gewinnzone komme. Die Beschäftigten müssten darunter leiden, weil es einigen Personen so wichtig sei, dass der Flughafen immer noch größer werde.

StRin Eberhard erkundigt sich danach, ob schon jemand den Bericht gesehen habe.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Sendung erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgestrahlt werde. Vorher werde man das Interview nicht sehen.

StRin Bönig erklärt, dass es unumstritten sei, dass der Vorsitzende immer energisch dementiere, dass die 3. Start- und Landebahn benötigt werde. Trotzdem sehe sie die Gefahr, dass jemand das Rathaus für seine Zwecke benutzt, weil er das Verhältnis zur Stadt Freising positiv darstelle. Dass in einem Interview immer wieder Passagen weg geschnitten werden und man vorsichtig sein müsse, sei unbestritten. Dass aber Herr Kerkloh als Spender für die Bürgerstiftung die Beziehungen zur Stadt nutze, um sich positiv darzustellen, halte sie für ausgesprochen fragwürdig.

Der Vorsitzende antwortet, es sei nicht unüblich, dass Herr Kerkloh mit Vertretern der Presse ins Rathaus komme. Ebenso sei es nicht unüblich, wenn er selbst mit Pressevertretern am Flughafen erscheine. Gewisse Spielregeln müssen natürlich eingehalten werden.

Bgm. Zierer regt an, dass sich der Vorsitzende bei Herrn Kerkloh erkundigen sollte, ob die Aufnahmen für die Imagekampagne der FMG missbraucht werden.

Der Vorsitzende entgegnet, dass er dies sicherlich nicht kontrollieren werde.

Der Vorsitzende bedankt sich bei der Presse und schließt um 18:19 Uhr die öffentliche Sitzung.

Dieter Thalhammer	Simone Brümmer
Oberbürgermeister	Schriftführerin